

Für eine angemessene Entschädigung

Thüringer Landesregierung behandelt Bürgermeister und Gemeinderäte nach unterschiedlichem Maß

Während in Thüringen seit 1995 die Aufwandsentschädigungen für hauptamtliche Bürgermeister und Landräte um 51 Prozent und für ehrenamtlichen Bürgermeister um 37 Prozent stiegen, wurden die der Gemeinde- und Stadträte sowie der Kreistagsmitglieder seit mehr als 15 Jahren eingefroren. Die Dienstaufwandsentschädigungen für die hauptamtlichen kommunalen Wahlbeamten wurden seit 1995 bereits elf Mal erhöht. Die letzte Erhöhung erfolgte Anfang November im Vorgriff auf April 2012, den Zeitpunkt der Kommunalwahlen.

Dabei sind die gesetzlichen Ermächtigungsgrundlagen für die hauptamtlichen kommunalen Wahlbeamten und für die ehrenamtlichen Gemeinderäte und Kreistagsmitglieder unterschiedlich ausgestaltet. Zumindest die hauptamtlichen Bürgermeister und Landräte erhalten ihre üblichen Bezüge. Eine spezielle gesetzliche Grundlage für eine zusätzliche Aufwandsentschädigung gibt es nicht. Die ehrenamtlichen Bürgermeister und Gemeinderäte/Kreistagsmitglieder haben hingegen aus der Kommunalordnung abgeleitet einen Rechtsanspruch auf „ange-

messene“ Entschädigung des Aufwandes. Hier stellt sich schon die Frage, ob die Landesregierung die vom Gesetz übertragene Kompetenz zur detaillierten Ausgestaltung der Entschädigungsregelungen einseitig zum Vorteil der Bürgermeister und Landräte ausnutzt. Die Thüringer Landesregierung regelt die Höchstbeträge der Aufwandsentschädigungen in einer Verordnung. Der Landtag ist nach dem Willen von CDU und SPD nicht beteiligt.

Bürgermeister verzichten nicht

Die Aufwandsentschädigung ist nicht mit den Diätentzahlungen an Landtagsabgeordnete zu vergleichen. Vielmehr wird mit ihr der Aufwand für die Mandatswahrnehmung pauschaliert abgegolten, abhängig von der Einwohnerzahl. Von Bürgermeistern und der Öffentlichkeit dazu geäußerte Kritik ist unverständlich. Gemessen am zeitlichen Aufwand der Mandatsausübung hat die Aufwandsentschädigung eigentlich nur Symbolcharakter. Keinesfalls kann man in diesem Zusammenhang von Selbstbedienungsmentalität oder Bereicherung sprechen, auch

wenn vor Ort darüber diskutiert wird, die ohnehin geringen pauschalen Entschädigungen für die Gemeinderäte und Kreistagsmitglieder zu kürzen, um so einen Beitrag zur Konsolidierung der Haushalte zu leisten. Diese Forderungen werden zumeist von den Bürgermeistern gestellt, die sich auf die regelmäßige Anpassung ihrer Entschädigungen verlassen konnten und darauf nicht verzichten wollen.

DIE LINKE fordert von der Landesregierung eine Gleichbehandlung der kommunalen Wahlbeamten und der Mandatsträger. Wenn aufgrund der allgemeinen Preis- und Einkommensentwicklung die Aufwandsentschädigungen der Wahlbeamten erhöht werden, muss dies auch für die Gemeinderäte im gleichen Maße gelten. Allein seit 1995 hat es einen allgemeinen Wertverfall durch die Inflation von rund 23 Prozent gegeben. Daher kann heute nicht mehr davon ausgegangen werden, dass der gesetzliche Anspruch der angemessenen Entschädigung des Aufwandes für ehrenamtliche Kommunalpolitiker eingehalten wird.

Frank Kuschel, Sascha Bilay



Laue Luft

Mit großem Tamtam war man am 12. Januar vorgeprescht: Thüringen solle sich auf Bundesebene für einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von 8,33 Euro pro Stunde einsetzen, hatten Wirtschaftsminister Matthias Machnig und Kultusminister Christoph Matschie (beide SPD) in einer Pressekonferenz gefordert. Machnig und Matschie konnten vor Kraft kaum laufen. Und einen „Meilenstein auf dem Weg vom Niedriglohnland Thüringen“ wollte ihr Parteifreund, der SPD-Bundestagsabgeordnete Steffen-Claudio Lemme, ob der forschen Rhetorik bereits gesehen haben. Doch bei tief stehender Sonne werfen selbst Zwerge lange Schatten... Es sollte bei folgenlosen Visionen bleiben.

Die Angelegenheit geriet nämlich zum Paradebeispiel, wie die Regierungskoalition in Thüringen das erstarrte Thema Mindestlohn drittklassig beerdigt. Der Koalitionspartner CDU reagierte in Pawlowscher Manier. Staatskanzlei-Ministerin Marion Walsmann kanzelte die SPD ab: der Vorstoß wirke „wie ein Rückgriff in die staatssozialistische Klamottenkiste“. Mit dem Staatssozialismus und seinen Klamotten kennt sich Walsmann bestens aus – die anpassungsfähige Juristin hatte es seinerzeit für die DDR-CDU bis in die Volkskammer gebracht. Auch Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht winkte ungnädig ab: eine tarifliche Lohnuntergrenze ja, gesetzliche Mindestlöhne nein.

Es kam, wie es kommen musste: kein Engagement auf Bundesebene, dafür redet die SPD jetzt mit der CDU in einer Arbeitsgruppe. Koalitionäre Gruppentherapie statt notwendiger Aktion. Der Mindestlohn „Made in Thüringen“ entfacht keinen bundespolitischen Sturm, denn er ist nur ein lauer sozialdemokratischer Darmwind. Die freistaatliche SPD, als Tiger gestartet, landet als Bettvorleger der CDU.

„education4kenya“

Wie der Landtag in einer Pressemitteilung informiert hatte, reiste die Vizepräsidentin des Thüringer Landtags, Dr. Birgit Klaubert (DIE LINKE), vom 13. bis 23. Januar nach Kenia. Als Mitglied und Patin im Verein „education4kenya“ besuchte sie u.a. die Schule „Elimu Ya Kenya-Altenburger Land“. Der ursprünglich aus Altenburg stammende Hilfsverein hatte die Schule am 28.01.2010 in Mombasa eröffnet, derzeit werden Spenden für den Anbau von vier weiteren Klassenräumen gesammelt. Für die Bewältigung dieses zweiten Bauabschnitts werden insgesamt 25.000 Euro benötigt. Auch Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) unterstützt das wohltätige Projekt. Sie sagte: „Der nachhaltige Einsatz gegen Armut und Bildungsdefizite in ärmeren Ländern ist für uns als Industrienation eine moralische Verpflichtung. Die Arbeit von ‚education4kenya‘ in Hinblick auf den Ausbau der Schule finanziell mitzutragen, ist daher eine schöne Aufgabe.“

Der Verein „education4kenya“ setzt sich seit 2005 für die Förderung der Bildungsarbeit zur Vermeidung von Armut in Kenia ein. Neben dem Schulneubau bietet der Verein durch eine Patenschaft auch die Option, kenianischen Kindern den Besuch der Schule zu finanzieren. Bereits über 200 Kindern wurde so der Schulbesuch schon ermöglicht. Im Rahmen ihres Besuchs in Kenia informierten sich Birgit Klaubert und ihre LINKE-Fraktionskollegin und ebenfalls Altenburger Abgeordnete, Michaela Sojka, auch über den Lernfortschritt ihrer zwei Patenkinder. Birgit Klaubert engagiert sich seit 2006 für den Verein.

Erneuter Todesfall im Justizvollzug

Mit Blick auf den neuerlichen tragischen Todesfall in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Tonna am 18. Januar forderte Ralf Hauboldt, Justizpolitiker der Linksfraktion, „nicht nur eine umfassende Analyse dieses Falls“.

Nachdem es in den letzten zwei Jahren in Tonna zwei Todesfälle mit ungewöhnlichen Umständen gab und es auch in anderen Thüringer JVAen, z.B. in Hohenleuben, in den vergangenen Jahren zu folgenreichen Versäumnissen bei der medizinischen und therapeutischen Versorgung gekommen ist, „muss schnellstens eine intensive Diskussion zur Aufdeckung und Behebung struktureller Probleme in den Bereichen medizinische und therapeutische Versorgung erfolgen“.

Vor allem mit Blick auf die Besetzung vakanter Arzt- und Facharztstellen sei dies notwendig. Es sollte auch die Möglichkeit geprüft werden, die gesundheitliche Betreuung in JVAen über medizinische Versorgungszentren sicherzustellen. Außerdem müsste die offensichtlich in Thüringen vorhandene Praxis auch nichtärztliches bzw. Personal ohne Fachausbildung bei der medizinischen Betreuung in JVAen (z.B. bei der Ausgabe von Medikamenten) einzusetzen, sehr kritisch unter die Lupe genommen werden.

Vor allem müsse zur Sicherheit der Gefangenen und Bediensteten die diesbezügliche Verwaltungsvorschrift von 1995 auf den Prüfstand. Ralf Hauboldt verwies in diesem Zusammenhang auf Ergebnisse von Anfragen der LINKE-Fraktion an die Landesregierung aus den Jahren 2009 und 2011. Der LINKE-Justizpolitiker forderte auch, das schon längst beschlossene Suizidprä-

ventionskonzept für die JVAen wirksam im Vollzugsalltag umzusetzen. „Auf dem Papier nutzen solche Dinge den Betroffenen nicht“, betonte er. Deshalb dürfen der Kriminologische Dienst und die Maßnahmen zur Suizidprophylaxe nicht unter Haushaltsvorbehalt gestellt werden.

„Es wäre ein schlechtes Zeugnis für die Arbeit des Justizministeriums, wenn sich herausstellen sollte, dass auch bei diesem aktuellen Todesfall in Tonna eine Suizidproblematik bzw. Versäumnisse bei der medizinischen Versorgung vorliegen sollten“, so Ralf Hauboldt, der abschließend ankündigte, dass die LINKE-Fraktion auch diesen aktuellen Todesfall in der JVA Tonna und die derzeitige medizinische und therapeutische Situation in den Thüringer JVAen zur ausführlichen Beratung in den Justizausschuss des Landtages bringen wird.

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE, Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTs keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.